Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied
Herr Dennis Kahle	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Kahle	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied
Herr Fabian Lenz	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Frau Birgit Marji	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Kurt Radau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Mirko Remke	CDU	Ratsmitglied
Herr Heribert Röder	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Ratsmitglied
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied

Gäste:

Herr Falk Toczkowski	(Aufsichtsratsvorsitzender TaT zu TOP 27)
Herr Dr. Manfred Janssen	(Geschäftsführer EWG)
Herr Josef Lucas	(Vorstand Technische Betriebe Rheine AöR zu TOP 21 - 24)
Herr Dr. Ralf Schulte-de Groot	(Geschäftsführer SWR und Vorstand TBR)

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter (abwesend von 16:15 Uhr bis 16:40 Uhr - TOP 4)
Herr Axel Linke	Beigeordneter
Herr Mathias Krümpel	Kämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Raimund Gausmann	Fachbereichsleiter FB 2
Herr Karl-Heinz Ottenhus	Leiter Örtliche Rechnungsprüfung TOP 29)

Frau Wiebke Gehrke

Pressereferentin

Herr Theo Elfert

Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder des Rates:

Frau Birgitt Overesch

CDU

Ratsmitglied

Frau Claudia Reinke

CDU

Ratsmitglied

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßt die zahlreich erschienenen Zuhörer/innen und insbesondere die Auszubildenden der Stadtverwaltung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils bezieht Frau Dr. Kordfelder sich auf die Tagesordnungspunkte 42. und 43. „Flächennutzungs- bzw. Bebauungsplan Catenhorner Straße Ost“ und erklärt, dass diese aufgrund der fehlenden Beschlussempfehlung durch den Stadtentwicklungsausschusses „Planung und Umwelt“ von der Tagesordnung abzusetzen seien.

Die Ratsmitglieder stimmen dem Vorschlag von Frau Dr. Kordfelder zu.

Herr Reiske bezieht sich auf eine von ihm vor der Sitzung auf den Tischen verteilte Karte zum Themenbereich „Flüchtlinge“ und erklärt, er halte es für außerordentlich wichtig, dass sich der Rat und auch die Ausschüsse der Stadt Rheine in Kürze mit dieser Angelegenheit auseinandersetzen sollten.

Ferner merkt er an, er habe sich sehr darüber gefreut, dass die heutige Ratssitzung am Tag des Kalten Marktes in Rheine stattfindet und der Rat insofern wieder einer guten Tradition nachgekommen sei.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung am 30.09.2014

0:02:25

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 30.09.2014 gefassten Beschlüsse

0:03:20

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Rates ausgeführt worden seien.

Herr Doerenkamp bezieht sich auf TOP 3.1 der letzten Sitzung, unter dem über die Landesförderung von 25.000,00 € für die Morrien-Ausstellung berichtet worden sei. Er möchte wissen, ob das Geld inzwischen eingegangen und auch für die Ausstellung genutzt worden sei.

Herr Linke antwortet, dass der Betrag eingegangen und selbstverständlich auch zweckentsprechend für die Ausstellung verwendet worden sei.

3. Informationen der Verwaltung

3.1. Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.11.2014

0:03:55

Frau Dr. Kordfelder informiert darüber, dass die Ratsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verschiedene Anträge zur Beratung in den jeweils zuständigen Ausschüssen unter der Überschrift „10 Millionen in 10 Jahren“ zur Konsolidierung des städtischen Haushalts gestellt hätten.

Soweit eine Beratung dieser Anträge im Rahmen der Haushaltsplanberatungen noch nicht erfolgt sei, werde die Verwaltung die Anträge für die Beratung und Beschlussfassung in den Fachausschüssen aufbereiten.

3.2. Eingaben an den Rat der Stadt Rheine

0:04:30

Frau Dr. Kordfelder merkt an, dass es sich um die letzte Ratssitzung in diesem Jahr handle. Insofern schlägt sie vor, dass die der Verwaltung vorliegende Eingabe der Stiftung zur Förderung von Kloster Bentlage vom 03.12.2014 an den Rat der Stadt, für die eigentlich der HFA zuständig sei, wie üblich vor den Ferien an dieser Stelle abgehandelt werde.

Sie trägt daraufhin die als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügte Eingabe vor und merkt dazu an, dass die die Beschlusslage eindeutig sei und somit zur Umsetzung der Anregungen entsprechende Anträge aus den Fraktionen an den Kulturausschuss (Gründe für Mittelbereitstellung für Kulturförderplan und Benennung konkreter Schritte für eine große Stiftungslösung für das Kloster) bzw. über den Kulturausschuss an den Rat (Gesellschaftsanteile und Aufsichtsratsmandat für Druckvereinigung) gestellt werden müssten.

Sie schlägt vor, die Eingabe an die im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen ggf. zur weiteren Veranlassung zu verweisen.

Herr Reiske merkt in diesem Zusammenhang an, dass es seinerzeit im Vorfeld Informationen gegeben habe, wonach aufgrund geführter Gespräche mit der Druckvereinigung erklärt worden sei, dass diese kein Interesse an einem Sitz im Aufsichtsrat der Kulturellen Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH habe. Es sei ferner erklärt worden, dass ein solcher Sitz im Aufsichtsrat für die Druckvereinigung schädlich sei, weil sie dann keine Spenden mehr entgegennehmen könne.

Herr Reiske weist darauf hin, dass er sich zwischenzeitlich bei einer Tochtergesellschaft der Stadt Rheine erkundigt und dort erfahren habe, dass die Druckvereinigung auch bei einem Sitz im Aufsichtsrat weiterhin Spenden entgegennehmen könne. Insofern hoffe er, dass es in absehbarer Zeit eine akzeptable Lösung für die Druckvereinigung geben werde.

Frau Dr. Kordfelder verweist in diesem Zusammenhang auf den Vermerk der städtischen Rechtsabteilung vom 26. November 2014 über die Aufstockung des Aufsichtsrates der Kulturellen Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH, der allen Fraktionsvorsitzenden zugegangen sei.

3.3. Finanzierung der städtischen Pensionsverpflichtungen

0:10:20

Herr Krümpel berichtet, dass in den vergangenen Monaten neben der Kommunalen Versorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw) verschiedene ortsansässige Banken ihr Modell zur Finanzierung der städtischen Pensionsverpflichtungen vorgestellt hätten. Da aus der bisherigen Wertentwicklung der angebotenen Fonds keine Prognose für die zukünftige Wertentwicklung der Anlage hätte abgeleitet werden können, sei die Entscheidungsfindung auf Basis einer Nutzwertanalyse erfolgt. Der Erlass zur Geldanlage des Ministeriums für Inneres und Kommunales sei beachtet worden.

Die Nutzwertanalyse biete den Vorteil, sowohl monetäre als auch nicht monetäre Aspekte zu berücksichtigen. Wesentliche Kriterien seien hierbei der Betreuungsaufwand bei der Stadtverwaltung, also das Vorhalten von Fachwissen, und der zeitliche Aufwand für die Marktbeobachtung sowie die Kosten der Fondsbetreuung gewesen. Hierbei habe das Angebot der kvw gegenüber den Angeboten der Banken deutlich punkten können.

Aus diesem Grunde sei zwischenzeitlich nach Rücksprache mit der Örtlichen Rechnungsprüfung der in diesem Haushaltsjahr zur Verfügung stehende Betrag von 3 Mio. € im Versorgungsfonds der kvw angelegt worden. Die kvw verwalte in ihrem Versorgungsfonds zz. das Vermögen von 260 Mitgliedskommunen mit einem Gesamtvolumen von 433 Mio. €.

3.4. Festsetzung der Kreisumlage

0:11:35

Herr Krümpel führt aus, dass der Kreistag in seiner gestrigen Sitzung entgegen den bisherigen Planungen und Eckdaten zum Haushaltsplanentwurf des Kreises Steinfurt den Hebesatz für die allgemeine Kreisumlage nicht um 1 v. H., sondern um 0,45 v. H. erhöht habe. Durch die veränderte Umlagegrundlage werde es zu einer Mehrbelastung in Höhe von 1,144 Mio. € kommen. Der Haushaltsplanentwurf der Stadt Rheine sehe noch eine Mehrbelastung von 1,666 Mio. € vor, so dass es im Vergleich zum Haushaltsplanentwurf zu einer Verbesserung in Höhe von 522.000,00 € komme.

3.5. Tourismuspreis des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe

0:12:15

Herr Linke informiert darüber, dass die Kloster Bentlage gGmbH am vergangenen Freitag mit dem Tourismuspreis des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe in der Kategorie „Regionale Identität“ ausgezeichnet worden sei. Der Preis sei erstmalig verliehen worden. Es hätten 113 Bewerbungen aus ganz Westfalen-Lippe vorgelegen. Die Jury habe besonders die gelungene Symbiose aus geschichtlichem Erleben, zeitgenössischer Kunst und zielgruppenorientierten Kulturangeboten mit Übernachtungsmöglichkeiten und regionaler Verpflegung wertgeschätzt. In der Laudatio heiße es: „Es ist ein Ort, der auf vorbildhafte Weise Tradition und Moderne, Vergangenheit und Gegenwart zusammenführt“.

Der Preis sei zwar nur mit 1.000,00 € dotiert gewesen, jedoch mit einem unglaublichen Renommee für Rheine, denn die Kloster Bentlage gGmbH sei die erste Preisträgerin und damit ein Aushängeschild für ganz Westfalen gewesen. Zudem sei noch ein sehr gelungener Werbefilm übergeben worden.

Frau Dr. Kordfelder gratuliert namens des Rates zu dieser Auszeichnung und bittet Herrn Linke, den Dank und die Anerkennung des Rates den betroffenen Mitarbeitern und Ehrenamtlichen zu übermitteln.

4. (Wieder-)Wahl einer/eines Beigeordneten bei der Stadt Rheine Vorlage: 153/14

0:14:00

Frau Dr. Kordfelder verweist auf den neutral formulierten Beschlussvorschlag in der Vorlage und erläutert das Wahlverfahren.

Herr Hachmann schlägt für die CDU-Fraktion Frau Karasch zur Wahl vor.

Herr Roscher spricht sich namens der SPD-Fraktion für eine Wiederwahl von Herrn Kuhlmann aus und beantragt gleichzeitig geheime Wahl.

Die Herren Reiske, Brunsch und Ortel schlagen ebenfalls die Wahl von Frau Karasch für die Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP bzw. AfR vor.

Bei der geheimen Wahl werden bei 1 Stimmenthaltung 23 Stimmen für Frau Karasch und 19 Stimmen für Herrn Kuhlmann abgegeben.

Damit ist folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine wählt gem. § 41 Abs. 1 Buchst. c) GO i. V. m. § 71 GO

Frau Christine Karasch

mit Wirkung vom 1. Mai 2015 für die Dauer von 8 Jahren zur Beigeordneten der Stadt Rheine.

Die Eingruppierung erfolgt entsprechend § 2 Abs. 2 der Eingruppierungsverordnung NW nach Besoldungsgruppe B 2 BBesG.

Frau Dr. Kordfelder gratuliert die im Zuhörerraum anwesende Frau Christine Karasch zur erfolgreichen Wahl, überreicht ihr einen Blumenstrauß und wünscht eine gute Zusammenarbeit.

Frau Karasch bedankt sich beim Rat der Stadt Rheine für das entgegengebrachte Vertrauen und hofft ebenfalls auf eine gute Zusammenarbeit. Sie nimmt anschließend die Glückwünsche der Fraktionsvorsitzenden entgegen.

**5. Beitritt Riga-Komitee
Vorlage: 469/14**

0:35:30

Herr Linke weist auf Wunsch nochmals darauf hin, dass die Stadt Rheine für den Gedenkstein 2.000,00 € zu zahlen habe, die allerdings aus dem laufenden Haushalt finanziert würden. Es würden keine Mitgliedsbeiträge für den Beitritt anfallen. Es sei beabsichtigt, alle 2 Jahre eine Jugendgruppe zu entsenden, soweit es hierfür Landesmittel gebe. Die Kosten der Stadt würden sich dabei dann jeweils auf 1.000,00 € belaufen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses und des Sozialausschusses, dem Riga Komitee im Jahre 2015 beizutreten unter der Voraussetzung, dass die geplante Kofinanzierung des Landes aus dem Landesjugendplan in Höhe von 85 % der geplanten Kosten für die jugendpolitische Bildungsmaßnahme realisiert werden kann.

2. Die Kosten für die Aufstellung des Gedenksteines in Riga in Höhe von 2.000,00 € sollen aus dem laufenden Haushalt finanziert werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Frau Dr. Kordfelder bedankt sich als VdK-Vorsitzende des Kreises Steinfurt für den Ratsbeschluss und erklärt, sie würde sich sehr darüber freuen, wenn viele Ratsmitglieder im nächsten Jahr an den Gedenkveranstaltungen vom 9. November 2015 bis 27. Januar 2016 teilnehmen und insbesondere die Veranstaltungen des Riga-Komitees durch ihre Anwesenheit bereichern würden.

**6. Umsetzung des Projektes "Soziale Stadt Dorenkamp" - Änderung der Zuständigkeiten (Projektausschuss)
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 22.09.2014
Vorlage: 423/14**

0:38:10

Herr Hachmann bezieht sich auf den Antrag der CDU-Fraktion und erklärt, dass seine Fraktion den Antrag nach Rücksprache mit dem zuständigen Beigeordneten und dem zuständigen Fachbereich gestellt habe, weil man der Meinung sei, dass der Stadtentwicklungsausschuss „Planung und Umwelt“ der sachnähere Ausschuss sei und von daher die früher beschlossene Zuständigkeit geändert werden sollte.

Frau Dr. Kordfelder erläutert, dass die Verwaltung 2 Beschlussvorschläge unterbreitet habe. Falls die CDU-Fraktion ihren Antrag nicht zurückziehe, favorisiere die Verwaltung den Alternativbeschlussvorschlag 2, denn bei einer Änderung der Zuständigkeiten seien auch die Entscheidungsrechte der anderen betroffenen Fachausschüsse entsprechend den Festsetzungen in der Zuständigkeitsverordnung zu beachten. In diesem Falle gebe es auch keinen Grund mehr, das politische Arbeitsgremium SSD zu erhalten, denn die in diesem Gremium bisher geführten Diskussionen und Vorgespräche müssten dann in den entsprechenden Fachausschüssen geführt werden.

Herr Roscher spricht sich für die Beschlussalternative 1 aus, weil der Antrag der CDU in der Verwaltung komplexe Reaktionen auslösen werde. Die SPD-Fraktion sehe auch keinen Grund für diesen Antrag, denn bisher sei das Projekt u. a. in dem politischen Arbeitskreis SSD gut begleitet worden.

Herr Reiske erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich dem Antrag der CDU anschließen werde, weil die Beratung der einzelnen Projekte im Stadtentwicklungsausschuss „Planung und Umwelt“ sinnvoll sei. Ggf. müsse man unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten anderer Ausschüsse gemeinsame Sitzungen durchführen.

Auf Nachfrage bei Herrn Hachmann stellt Frau Dr. Kordfelder die Beschlussalternative 2 zu Abstimmung.

müsse man sich über einen solchen Antrag keine Gedanken machen. Insofern würde die Fraktion DIE LINKE dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Beschluss:

Auf Antrag der SPD-Fraktion beschließt der Rat folgende Resolution:

Der Rat der Stadt Rheine fordert die Landtagsfraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und Piraten auf, die Schaffung einer moderaten Drei-Prozent-Sperrklausel für die nächsten allgemeinen Kommunalwahlen in die Wege zu leiten und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen entsprechend zu ändern.

Diese Änderung muss unverzüglich und unabhängig von der Arbeit der durch den Landtag eingerichteten Verfassungskommission erfolgen, weil diese ihre Ergebnisse erst zum Ende der Legislaturperiode vorlegen wird. Ein solches Gesetz muss u. a. auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Sperrklauselregelung vom 09. November 2011 berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen

**8. Nachbesetzung von stellvertretenden Sachkundigen Einwohner(n)innen für verschiedene Ausschüsse der Stadt Rheine
Vorlage: 509/14/1**

0:48:30

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beruft auf Empfehlung des Integrationsrates folgende Personen als stellvertretende sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO in folgende Ausschüsse:

Kulturausschuss

1. Stellvertreter SE Karamo Ceesay, Elter Str. 137,
48429 Rheine

Sportausschuss

2. Stellvertreter SE Thanuharan Ravirajah, Isoldenweg
3, 48429 Rheine

Stadtentwicklungsausschuss „Planung und Umwelt“

1. Stellvertreter Kamal Kassem, Morsestr. 7, 48432
Rheine

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses
- Antrag des Jugendamtselternbeirates vom 21.11.2014
Vorlage: 193/14**

0:49:05

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine nimmt zur Kenntnis, dass der Jugendamtselternbeirat Frau Verena Winnemöller, Distelweg 2, 48432 Rheine, anstelle von Frau Sabine Maske als persönliche Vertreterin von Herrn Andreas Happe für den Jugendhilfeausschuss bestellt hat.

**10. Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses
- Antrag der Evangelischen Kirchengemeinde Jakobi Rheine
vom 13.11.2014
Vorlage: 512/14**

0:49:40

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine nimmt zur Kenntnis, dass Herr Pfarrer Jürgen Rick sein Mandat als persönlicher Stellvertreter von Herrn Pfarrer Harald Klammann im Jugendhilfeausschuss niedergelegt und die Evangelische Kirchengemeinde Jakobi Rheine Frau Pfarrerin Claudia Raneberg, Mittelstr. 109, 48431 Rheine, als Nachfolgerin für Herrn Pfarrer Rick als stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss bestellt hat.

**11. Änderungen in der Besetzung des Sportausschusses der Stadt
Rheine
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 23.11.2014
Vorlage: 168/14**

0:50:15

Beschluss:

Die Ratsmitglieder beschließen auf Antrag der Fraktion Die Linke vom 23. November 2014 folgende Änderung in der Besetzung des Sportausschusses:

Mitglied: RM Heribert Röder anstelle von SB Marvin Cohrs

Stellvertreterin: RM Annette Floyd-Wenke anstelle von RM Heribert Röder

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Änderungen in der Besetzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine
- Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2014
Vorlage: 520/14

0:50:55

Beschluss:

Die Ratsmitglieder beschließen auf Antrag der FDP-Fraktion vom 01. Dezember 2014 folgende Änderung in der Besetzung des Sozialausschusses:

Mitglied: SB Stephan Huesmann, Auf dem Thie 19, 48431 Rheine, anstelle von SB Jutta Korchts

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH
- Besetzung des Aufsichtsrates
Vorlage: 483/14

0:51:25

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Rheine bestellt gemäß § 6 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages für das zurückgetretene Aufsichtsratsmitglied Prof. Dr. Ulrich Eckhard nachfolgend aufgeführte Personen als Aufsichtsratsmitglied bzw. dessen persönlichen Vertreter:

Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
RM Robert Grawe	SB Nelson Rodriguez

2. Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Vertreterin der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH, Frau Dr. Angelika Kordfelder, folgenden Beschluss zu fassen:

Als persönlicher Vertreter für das Aufsichtsratsmitglied Thomas Bücksteeg wird gemäß § 6 Abs. 2 durch die Gesellschafterversammlung Frau Sabine Lutkat bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Änderung in der Besetzung von Gremien
- Stiftung NaturZoo - Kuratorium
- Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: 411/14

0:52:50

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine bestellt Frau Birgitt Overesch zur persönlichen Stellvertreterin von Frau Helena Willers als Mitglied des Kuratoriums der Stiftung NaturZoo.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Besetzung des Vorstandes der Museumsstiftung Rheine
Vorlage: 425/14

0:53:40

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt bestellt gem. § 8 der Stiftungssatzung mit Wirkung vom 1. Januar 2015 zum Vorstand der Museumsstiftung Rheine:
 - Herrn Helmut Lechte als Vorstandsvorsitzenden
 - Herrn Clemens Schöpker als Schatzmeister
 - Frau Mechthild Beilmann als Geschäftsführerin
2. Der Rat der Stadt bestellt gem § 8 der Stiftungssatzung mit Wirkung vom 1. Januar 2015 zu Mitgliedern des erweiterten Vorstandes:
 - Frau Dr. Angelika Kordfelder als Bürgermeisterin
 - Herr Udo Bonk als Vorsitzender des Kulturausschusses

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Benennung von Ausschussmitgliedern in den Wasser- und Bodenverbänden
Vorlage: 517/14

0:54:50

Herr Martin Beckmann erklärt sich für befangen und nimmt im Zuhörerraum Platz.

Beschluss:

1. Unterhaltungsverband Frischhofsbach:

Der Rat der Stadt Rheine benennt folgende Ausschussmitglieder – Gruppe C - für den Unterhaltungsverband (UHV) Frischhofsbach:

Ordentliche Mitglieder

Herr Thomas Brinker,
Am Spieker 45, 48432 Rheine

Herr Paul Focke,
Feuerstiege 33, 48432 Rheine

Stellvertretende Mitglieder

Herr Hermann Deupmann,
Feldstraße 27, 48432 Rheine

Herr Heinrich Sundermann,
Nasigerhook 6, 48432 Rheine

2. Unterhaltungsverband Landersum/Bentlage:

Der Rat der Stadt Rheine benennt folgende Ausschussmitglieder – Gruppe C - für den Unterhaltungsverband (UHV) Landersum/Bentlage:

Ordentliche Mitglieder

Herr Hermann Piepel,
Kevenbrink 56, 48432 Rheine

Herr Ludger Forstmann,
Lehmdamm 82, 48432 Rheine

Herr Ulrich Winnemöller-Wewer,
Wadelheimer Chaussee 209, 48432
Rheine

Stellvertretende Mitglieder

Herr Ludger Backmann,
Höhenstiege 17, 48432 Rheine

Herr Martin Forstmann,
Bredeweg 114 a, 48432 Rheine

Herr Hermann Winter,
Wadelheimer Chaussee 241, 48432
Rheine

3. Unterhaltungsverband Hemelter Bach:

Der Rat der Stadt Rheine benennt folgende Ausschussmitglieder – Gruppe C - für den Unterhaltungsverband (UHV) Hemelter Bach:

Ordentliche Mitglieder

Herr Matthias Teigelkamp,
Elter Straße 50, 48432 Rheine

Herr Josef Eilers,
Am Hemelter Bach 18, 48432 Rheine

Herr Hubert Ruhe,
Vogelbeerenstraße 12, 48432 Rheine

Herr Michael Willer,
Schwanenburg 151, 48432 Rheine

Stellvertretende Mitglieder

Herr Ludger Große-Wietfeld,
Roggenbreite 80, 48432 Rheine

Herr Heinz Schröder,
Surenburgstraße 246, 48432 Rheine

Herr Frank Konermann,
Am Hemelter Bach 17, 48432 Rheine

Herr Alfred Exler
Gottkenweg 10, 48432 Rheine

4. Unterhaltungsverband Elte:

Der Rat der Stadt Rheine benennt folgende Ausschussmitglieder – Gruppe C - für den Unterhaltungsverband (UHV) Elte:

Ordentliche Mitglieder

Herr Thomas Strotmann,
Milkeweg 34, 48432 Rheine

Stellvertretende Mitglieder

Herr Paul Lohmöller,
Schwanenburg 140, 48432 Rheine

Herr Michael Willer,
Schwanenburg 151, 48432 Rheine

Herr Andreas Overesch,
Elter Straße 607, 48432 Rheine

Herr Matthias Teigelkamp,
Elter Straße 500, 48432 Rheine

Herr Guido Lampe,
Milkeweg 27, 48432 Rheine

5. Unterhaltungsverband Hörsteler Aa:

Der Rat der Stadt Rheine benennt folgende Ausschussmitglieder – Gruppe C - für den Unterhaltungsverband (UHV) Hörsteler Aa:

Ordentliche Mitglieder

Herr Franz Elmer,
Am Feldgraben 6, 48432 Rheine

Stellvertretende Mitglieder

Herr Tobias Schulte-Osthoff,
Am Hemelter Bach 29, 48432 Rheine

6. Unterhaltungsverband Hummertsbach:

Der Rat der Stadt Rheine benennt folgende Ausschussmitglieder – Gruppe C - für den Unterhaltungsverband (UHV) Hummertsbach:

Ordentliche Mitglieder

Herr August Gehring,
Zum Albrock 151, 48432 Rheine

Stellvertretende Mitglieder

Herr Rainer Schürmann,
Zum Albrock 101, 48432 Rheine

7. Unterhaltungsverband Altenrheine:

Der Rat der Stadt Rheine benennt folgende Ausschussmitglieder – Gruppe C - für den Unterhaltungsverband (UHV) Altenrheine:

Ordentliche Mitglieder

Herr Martin Beckmann,
Anschelstraße 1, 48429 Rheine

Stellvertretende Mitglieder

Herr Ludger Fier,
Brookstraße 127, 48432 Rheine

Herr Alfons Beckmann,
Möllerhookstraße 51, 48429 Rheine

Herr Heinz Ecksele,
Dörenther Straße 178, 48432 Rheine

Herr Ludger Schräer,
Paschenaustraße 96, 48432 Rheine

Herr Antonius Wessendorf,
Rodder Damm 301, 48432 Rheine

8. Unterhaltungsverband Wambach:

Der Rat der Stadt Rheine benennt folgende Ausschussmitglieder – Gruppe C - für den Unterhaltungsverband (UHV) Wambach:

Ordentliche Mitglieder

Herr Hermann Brinker,
Am Spieker 45, 48432 Rheine

Stellvertretende Mitglieder

Herr Norbert Storm,
Feldstraße 15, 48432 Rheine

Herr Josef Deupmann,
Bauerschaftsstraße 248, 48432 Rheine

Herr Marcus Deupmann,
Bauerschaftsstraße 248, 48432 Rheine

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**17. Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Rheine (Hebesatzsatzung) - Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 10.11.2014
Vorlage: 502/14**

0:56:10

Herr Brunsch führt ergänzend zu seinen Ausführungen im Haupt- und Finanzausschuss aus, dass im Antrag „10 Millionen in 10 Jahren“ von CDU und GRÜNE auf Seite 10 angemerkt sei, dass über den Bedarf der Erhöhung der Grundsteuer nochmals zu reden sei, wenn der Kreis von der Erhöhung der Kreisumlage absehen werde. Nun habe der Kämmerer unter dem Tagesordnungspunkt „Informationen“ berichtet, dass die Kreisumlage um 522.000,00 € niedriger ausgefallen sei als ursprünglich angenommen. Insofern stelle er die Frage, ob die Fraktionen von CDU und GRÜNE aufgrund dieser Tatsache ihren Antrag auf Erhöhung der Grundsteuer ändern wollten.

Herr Reiske antwortet, dass die Antragsteller nach wie vor zu ihrem Antrag stehen würden, um die Haushaltssicherung zu vermeiden. Es seien schmerzliche Einschnitte an verschiedenen Stellen vorgenommen worden. In dem 10-Punkte-Papier gebe es viele Prüfaufträge, um zu weiteren Einsparungen zu kommen, damit der städtische Haushalt nachhaltig konsolidiert werden könne.

Herr Hachmann ergänzt, dass man auch an die künftigen Generationen denken müsse, die bei einem Defizit von 10 Mio. € entlastet werden müssten. Vor diesem Hintergrund und der relativ kleinen finanziellen Entlastung durch die niedrigere Kreisumlage bleibe auch die CDU-Fraktion bei ihrem Antrag auf Steuererhöhung.

Herr Ortel bedauert, dass die Diskussionen über die Aufrechterhaltung des Antrages nach Bekanntwerden der niedrigeren Kreisumlage nur zwischen den antragstellenden Fraktionen erfolgt seien. Das mache den Antrag unglaubwürdig, sodass die Fraktion AfR sich bei der heutigen Abstimmung nicht nur – wie im HFA bereits angekündigt – der Stimme enthalten werde, sondern den Antrag auf Erhöhung der Steuern ablehnen werde. Selbstverständlich werde seine Fraktion begründete Einsparungsvorschläge zur Haushaltskonsolidierung mittragen.

Frau Floyd-Wenke informiert darüber, dass in der gestrigen Sitzung des Kreistages der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Rahmen seiner Haushaltsrede heftig kritisiert habe, dass aufgrund der Erhöhung der Kreisumlage einige Kommunen gezwungen seien, ihre Grundsteuer zu erhöhen. Diese Argumentation sei dann ein Grund mit gewesen, dass die Kreisumlage nicht so stark erhöht worden sei, wie ursprünglich vorgesehen. Insofern verstehe sie nicht die im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen von CDU und GRÜNE, dass sie ihren Antrag auf Erhöhung der Grundsteuer trotz der Besserstellung bei der Kreisumlage noch aufrechter-

halten würden. Die Fraktion DIE LINKEN lehne jedenfalls den Erhöhungsantrag ab.

Herr Roscher gibt zu bedenken, dass bei der Erhöhung der Grundsteuer mehrere Faktoren zu beachten seien, denn mit der beantragten Steuererhöhung werde der städtische Haushalt nicht ausgeglichen. Die Bemühungen, die es auch in den vergangenen Jahren gegeben habe, um Einsparungen zu erzielen, hätten nicht das gebracht, was Rat und Verwaltung sich erhofft hätten. Wenn der städtische Haushalt in absehbarer Zeit ausgeglichen werden solle, dann müssten nicht nur die Kosten reduziert, sondern auch die Einnahmen erhöht werden. Insofern werde die SPD-Fraktion der Steuererhöhung notgedrungen zustimmen.

Herr Reiske merkt kritisch an, dass, wenn FDP und AfR beteuern würden, den städtischen Haushalt konsolidieren zu wollen, er dann von beiden Fraktionen künftig auch entsprechende Einsparvorschläge erwarte. Bislang sei diesbezüglich von beiden noch nichts vernehmbar gewesen. Insofern sei die Ablehnung der Steuererhöhung wenig glaubwürdig.

Herr Ortel macht nochmals deutlich, dass für die AfR die Balance zwischen Steuererhöhung und den gemachten Einsparvorschlägen nicht stimme. Er verweist dazu auf die Anlagen der Vorlage, aus denen ersichtlich sei, dass Menschen in größeren Wohneinheiten durch die Grundsteuererhöhung in bestimmten Fällen höher belastet würden, als Bewohner von Einfamilienhäusern.

Herr Hachmann macht nochmals deutlich, dass niemand ohne bestehende Notwendigkeit die Steuern erhöhen wolle. Über die Steuererhöhung hinaus hätten CDU und GRÜNE in ihrem Antrag „10 Millionen in 10 Jahren“ weitere massive Einsparungsvorschläge unterbreitet, die für viele andere Bereiche ebenfalls schmerzhaft sein würden. Wenn die Steuererhöhung nicht vorgenommen werde, bestehe die Gefahr, in die Haushaltssicherung zu geraten. Die erste Forderung in einem Haushaltssicherungskonzept sei dann die Erhöhung der Grundsteuer. Insofern sollte der Rat heute die Erhöhung selbst beschließen, um handlungsfähig zu bleiben.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses die folgende Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Rheine:

Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Rheine (Hebesatzsatzung) vom _____

Aufgrund des § 25 des Grundsteuergesetzes vom 7. August 1973 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794), des § 16 des Gewerbesteuergesetzes vom 15. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4167), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes v. 25. Juli 2014 (BGBl. I S. 1266) und des Gesetzes über die Zuständigkeit für die Festsetzung und Erhebung von Realsteuern vom 16. Dezember 1981 (GV NW S. 732) in Verbindung mit § 7 Abs. 1 und § 41 Abs. 1 Buchst. f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S.

666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2013 (GV. NRW. S. 878) hat der Rat der Stadt Rheine in seiner Sitzung am 16. Dezember 2014 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Hebesätze für die Gemeindesteuern werden für das Gebiet der Stadt Rheine wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) auf	310 v. H.
1.2 für die Grundstücke
(Grundsteuer B) auf	600 v. H.
2. Gewerbsteuer	430 v. H.

§ 2

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2015 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen

18. **6. Änderungssatzung zur Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer in der Stadt Rheine**
- **Unterhaltungssatzung Fließgewässer -**
Vorlage: 482/14

1:09:25

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses die nachstehende 6. Änderungssatzung zur Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer in der Stadt Rheine - Unterhaltungssatzung Fließgewässer –.

**6. Änderungssatzung zur
Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes
für fließende Gewässer in der Stadt Rheine
- Unterhaltungssatzung Fließgewässer -
vom _____. Dezember 2014**

Die Bezeichnung der männlichen Form (z.B. der Eigentümer) gilt gleichermaßen für die weibliche Form.

Aufgrund der

- §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2013 (GV NRW 2013, S. 878),
- §§ 91 und 92 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV NRW 1995, S. 926), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05. März 2013 (GV NRW 2013 S.133),
- §§ 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW 1969, S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2011 (GV NRW S. 687)

hat der Rat der Stadt Rheine durch Beschluss vom 16. Dezember 2014 die 6. Änderungssatzung zur Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer in der Stadt Rheine – Unterhaltungssatzung Fließgewässer – vom 18. Dezember 2008 beschlossen.

In § 2 „Unterhaltungsaufwand“ erfolgt in der Auflistung der Umlagebeträge der Unterhaltungsverbände nachstehende Änderung:

Altenrheine	20,50 €/ha,
Beverger Aa	16,00 €/ha,
Elte	12,00 €/ha,
Frischhofsbach	17,00 €/ha,
Hemelter Bach	18,00 €/ha,
Hörsteler Aa	12,00 €/ha,
Hummertsbach	8,00 €/ha,
Landersum/Bentlage	20,00 €/ha,
Saerbeck	13,00 €/ha,
Wambach	24,00 €/ha.

In § 7 „Inkrafttreten“ wird folgender Satz angefügt:

Die 6. Änderungssatzung tritt zum 01. Januar 2015 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

19. Änderung der Hundesteuersatzung Vorlage: 394/14/1

1:09:50

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses die folgende 2. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung:

2. Änderungssatzung
zur Hundesteuersatzung der Stadt Rheine
vom _____

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666/ SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. Dezember 2013 (GV. NRW. S. 878) und der §§ 3 und 20 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NW S. 712/SGV NRW 610), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Dezember 2011 (GV. NRW. S. 687), hat der Rat der Stadt Rheine in seiner Sitzung am 16. Dezember 2014 die 2. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung beschlossen.

Der § 1 Abs. 1 und Abs. 2 erhält folgende Fassung:

§ 1 Steuergegenstand, Steuerpflicht

- (1) Gegenstand der Steuer ist das Halten von Hunden im Gebiet der Stadt Rheine.
- (2) Steuerpflichtig ist der Hundehalter. Hundehalter ist, wer einen Hund im eigenen Interesse oder im Interesse seiner Haushaltsangehörigen in seinem Haushalt aufgenommen hat oder in einen Haushalt mit bestehender Hundehaltung einzieht. Alle in einen Haushalt aufgenommenen Hunde gelten als von ihren Haltern gemeinsam gehalten. Ein zugelaufener Hund gilt als aufgenommen, wenn er nicht innerhalb von zwei Wochen beim Fachbereich Recht und Ordnung der Stadt gemeldet und bei einer von diesem bestimmten Stelle abgegeben wird. Halten mehrere Personen gemeinsam einen oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.

Der § 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

§ 2 Steuermaßstab und Steuersatz

- (1) Die Steuer wird nach der Anzahl der gehaltenen Hunde bemessen. Sie beträgt jährlich:

a) für den ersten Hund	64,80 €
b) für den zweiten Hund	84,00 €
c) für jeden weiteren Hund	103,20 €
d) für den ersten gefährlichen Hund	499,20 €
e) für den zweiten gefährlichen Hund	564,00 €
f) für jeden weiteren gefährlichen Hund	627,60 €

Hunde, für die Steuerbefreiung nach § 3 gewährt wird, werden bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht berücksichtigt; Hunde, für die eine Steuerermäßigung nach § 4 gewährt wird, werden mitgezählt.

Der § 4 erhält folgende Fassung:

§ 4 Allgemeine Steuerermäßigung

- (1) Die Steuer ist auf Antrag auf die Hälfte des Steuersatzes nach § 2 zu ermäßigen für
- a) Hunde, die zur Bewachung von Gebäuden, welche von dem nächsten bewohnten Gebäude mehr als 200 Meter entfernt liegen, erforderlich sind,
 - b) Hunde, die zu Melde-, Sanitäts- oder Schutzzwecken verwendet werden und die dafür vorgesehene Prüfung vor Leistungsprüfern eines von der Stadt anerkannten Vereins oder Verbandes mit Erfolg abgelegt haben; die Ablegung der Prüfung ist durch das Vorlegen eines Prüfungszeugnisses nachzuweisen und die Verwendung des Hundes in geeigneter Weise glaubhaft zu machen.

Die Anerkennung des Vereins oder Verbandes erfolgt auf Antrag, wenn glaubhaft gemacht wird, dass die Antrag stellende Vereinigung über hinreichende Sachkunde und Zuverlässigkeit für die Durchführung der Leistungsprüfung verfügt.
 - c) Hunde, die zur Bewachung von landwirtschaftlichen Anwesen, welche von dem nächsten im Zusammenhang bebauten Ortsteil mehr als 400 Meter entfernt liegen, erforderlich sind. Als landwirtschaftliche Anwesen gelten Betriebe, welche Ackerbau, Tierzucht, Obst- und Gemüse- oder Pflanzenanbau betreiben. Der Hund muss für den Einsatz als Wachhund geeignet sein.
 - d) Personen, die Hilfe zum Lebensunterhalt (§§ 27 - 40 SGB XII), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41 - 46 SGB XII) oder Arbeitslosengeld II (§§ 19-27 SGB II) erhalten. Die Ermäßigung wird nur für den ersten Hund gewährt. Für jeden weiteren Hund gelten die jeweils einschlägigen Bemessungsvorschriften dieser Satzung.
- (2) Eine Steuerbefreiung für das erste Jahr wird auf Antrag gewährt für Hunde, die der Halter vom Tierschutzverein Rheine und Umgebung e. V. aus dem Tierheim „Rote Erde“ übernommen hat. Voraussetzung für die Befreiung ist, dass die Hunde innerhalb von zwei Wochen nach der Übernahme zur Hundesteuer angemeldet werden und als Nachweis der Tiervermittlungsvertrag vorgelegt wird.
- (3) Für gefährliche Hunde im Sinne des § 2 Abs. 2 wird eine Steuerermäßigung nach den Absätzen 1 bis 2 nicht gewährt.

Der § 5 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

§ 5 Allgemeine Voraussetzungen für Steuerbefreiung und Steuerermäßigung

- (2) Der Antrag auf Steuerbefreiung oder -ermäßigung ist innerhalb von zwei Wochen nach Aufnahme des Hundes, bei bereits versteuerten Hunden spätestens zwei Wochen vor Beginn des Monats, in dem die Steuervergünstigung wirksam werden soll, schriftlich bei der Stadt Rheine zu stellen. Dem Antrag sind die Unterlagen beizufügen, welche für die Prüfung der Steuervergünstigung erforderlich sind. Werden diese Unterlagen auch nach gesonderter Aufforderung nicht innerhalb der gesetzten Frist nachgereicht, so ist der Antrag abzulehnen. Steuerermäßigungen nach § 4 Abs. 1 d) werden nur für nachgewiesene Zeiträume gewährt. Bei verspätetem Antrag wird die Steuer für den nach Eingang des Antrags beginnenden Kalendermonat auch dann nach den Steuersätzen des § 2 erhoben, wenn die Voraussetzungen für die beantragte Steuervergünstigung vorliegen.

Der § 7 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

§ 7
Festsetzung und Fälligkeit der Steuer

- (1) Die Steuer wird durch Dauerbescheid nach dem Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen festgesetzt. Der Dauerbescheid ist gültig, bis er durch einen neuen Dauerbescheid ersetzt oder aufgehoben wird.

Der § 8 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

§ 8
Sicherung und Überwachung der Steuer

- (5) Die Stadt Rheine kann Hundebestandsaufnahmen durchführen oder durchführen lassen. Hierbei sind die Grundstückseigentümer, Haushaltsvorstände sowie deren Stellvertreter zur wahrheitsgemäßen Ausfüllung der ihnen von der Stadt Rheine übersandten Nachweisungen innerhalb der vorgeschriebenen Fristen verpflichtet (§ 12 Abs. 1 Nr. 3 a KAG NW in Verbindung mit § 93 AO). Durch das Ausfüllen der Nachweisungen wird die Verpflichtung zur An- und Abmeldung nach den Absätzen 1 und 2 nicht berührt. Entsprechendes gilt auch für mündliche Befragungen.

Der § 9 erhält vor der laufenden Nr. 1 folgende Fassung:

§ 9
Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 20 Abs. 2 Buchst. b) des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2011 (GV. NRW. S. 687), handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig

Der § 10 erhält folgende Fassung:

§ 10 Inkrafttreten

Die 2. Änderungssatzung tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

20. Erhebung von Elternbeiträgen (Elternbeitragsatzung) Vorlage: 406/14/1

1:10:45

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Schulausschusses folgende Satzung:

Satzung

über die Erhebung von Elternbeiträgen in der Primarstufe im Rahmen der „Offenen Ganztagschule“, der „Schule von acht bis eins“ sowie der „zusätzlichen Betreuung (außerhalb des Offenen Ganztages)“ vom _____.

Aufgrund der §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2013 (GV. NRW. S. 878), des § 9 Abs. 2 + 3 des Schulgesetzes für das Land NRW (SchulG NRW) vom 15. Februar 2005 (GV. NRW. S. 102 / SGV NRW 223), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. November 2012 (GV. NRW. S. 514), des § 90 Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3134), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. August 2013 (BGBl. I S. 3464), sowie des § 5 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 2012 (GV. NRW. S. 510), hat der Rat der Stadt Rheine durch Beschluss vom 16.12.2014 folgende Satzung erlassen:

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Satzung gilt für die Inanspruchnahme der Betreuungsangebote im Rahmen der Offenen Ganztagschule, der Schule von acht bis eins sowie der zusätzlichen Betreuung im Primarbereich. Diese Satzung ist Grundlage für die Erhebung des Beitrages, den Eltern zu leisten haben, die ihre Kinder für die Teilnahme an außerunterrichtlichen Angeboten an der Offenen Ganztagschule, für die Betreuung in Form der „Schule von acht bis eins“ sowie der zusätzlichen Betreuung (außerhalb des Offenen Ganztages) angemeldet haben.

(2) Diese Satzung gilt weiterhin für die Inanspruchnahme der Ferienbetreuung im Rahmen der Offenen Ganztagschule / der Schule von acht bis eins / der zusätzlichen Betreuung (außerhalb des Offenen Ganztages).

§ 2

Offene Ganztagschule/Schule von acht bis eins/zusätzliche Betreuung außerhalb des Offenen Ganztages

(1) Die Stadt Rheine bietet im Rahmen der Offenen Ganztagschule zusätzlich zum planmäßigen Unterricht an allen Unterrichtstagen und ggf. auch an unterrichtsfreien Tagen, an beweglichen Ferientagen und in den Schulferien, außer an Samstagen, Sonn- und Feiertagen, Angebote außerhalb der Unterrichtszeit (außerunterrichtliche Angebote) an.

(2) Die Stadt Rheine ist berechtigt, die Durchführung der Betreuung auf Dritte zu übertragen.

(3) Das Angebot an den Offenen Ganztagschulen besteht, wenn genügend Anmeldungen für die Teilnahme an der Offenen Ganztagschule vorliegen.

Die außerunterrichtlichen Angebote der Offenen Ganztagschule gelten als schulische Veranstaltungen.

(4) Für die Einrichtung einer Betreuungsgruppe in der jeweiligen Betreuungsform ist eine Mindestanmeldezahl von 10 Schüler/innen erforderlich.

(5) Der Zeitrahmen der Offenen Ganztagschule erstreckt sich unter Einschluss der allgemeinen Unterrichtszeit in der Regel an allen Unterrichtstagen montags bis freitags von 08:00 Uhr bis 16:00 Uhr, bei Bedarf auch länger, mindestens aber bis 15.00 Uhr.

(6) Der Zeitrahmen der Schule von acht bis eins bzw. der zusätzlichen Betreuung erstreckt sich unter Einschluss der allgemeinen Unterrichtszeit in der Regel an allen Unterrichtstagen montags bis freitags von 08:00 Uhr bis maximal 14:00 Uhr, mindestens jedoch bis 13:00 Uhr.

§ 3

Aufnahme, Abmeldung und Ausschluss

(1) An den außerunterrichtlichen Angeboten der Offenen Ganztagschule, der Schule von acht bis eins sowie der zusätzlichen Betreuung können grundsätzlich nur Schülerinnen und Schüler der Schule teilnehmen, an denen dieses Angebot besteht.

(2) Die Aufnahme in den Offenen Ganztagschule / die Schule von acht bis eins / die zusätzliche Betreuung erfolgt im Rahmen der Kapazität der jeweiligen Schule. Die Entscheidung über die Aufnahme trifft die Schulleitung.

(3) Aufnahmen während eines laufenden Schuljahres im Bereich der Offenen Ganztagschule sind nur möglich, wenn ein bereits besetzter Platz wieder frei wird.

Aufnahmen während eines laufenden Schuljahres im Bereich Schule von acht bis eins bzw. der zusätzlichen Betreuung sind jederzeit möglich, solange die Plätze in der Betreuungsgruppe frei sind oder aber ein bereits besetzter Platz wieder frei wird.

(4) Die Anmeldung zu den Betreuungsangeboten ist freiwillig; die Anmeldung eines Kindes zur Teilnahme daran bindet jedoch für die Dauer eines Schuljahres (1. August bis 31. Juli). In dieser Zeit kann die Einrichtung in den Ferien zeitweise geschlossen sein.

Im Bereich der Offenen Ganztagschule verpflichtet die Anmeldung i. d. R. zur regelmäßigen und täglichen Teilnahme an diesem Angebot.

(5) Die Anmeldung für eines der Betreuungsmodelle für das bevorstehende Schuljahr soll möglichst bis zum 10. März des jeweiligen Jahres erfolgen.

(6) Eine vorzeitige, unterjährige Abmeldung durch die Beitragspflichtigen ist mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende möglich bei

1. Verlust des Arbeitsplatzes
2. Reduzierung des monatlichen Einkommens um mindestens 20 % gegenüber dem bei der Anmeldung des Kindes erzielten Einkommen.
3. Umzug der Familie und den damit verbundenen Schulwechsels des Kindes.
4. wenn Anzeichen erkennbar sind, dass eine weitere Teilnahme am Nachmittagsangebot eine unzumutbare Härte für das Kind darstellt.
5. Änderung der Personensorge für das Kind.
6. Wechsel der Schule.
7. längerfristiger Erkrankung des Kindes (über 4 Wochen).

(7) Ein Kind kann vom Schulträger nach Absprache mit der Schule von der Teilnahme der Offenen Ganztagschule, der Schule von acht bis eins bzw. der zusätzlichen Betreuung ausgeschlossen werden, insbesondere wenn

1. das Verhalten des Kindes ein weiteres Verbleiben nicht zulässt,
2. das Kind das Angebot nicht regelmäßig wahrnimmt,
3. die Beitragspflichtigen ihrer Beitragspflicht nicht regelmäßig nachkommen,
4. die erforderliche Zusammenarbeit mit den Eltern oder den rechtlich gleichgestellten Personen von diesen nicht mehr möglich gemacht wird,
5. die Angaben, die zur Aufnahme geführt haben, unrichtig waren bzw. sind.

§ 4 Beitragspflichtige

(1) Beitragspflichtig sind die Eltern, Adoptiveltern oder diesen rechtlich gleichgestellten Personen, mit denen das Kind zusammenlebt. Lebt das Kind nur mit einem Elternteil zusammen, so tritt dieser an die Stelle der Eltern.

(2) Wird bei Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII den Pflegeeltern ein Kinderfreibetrag nach § 32 Einkommensteuergesetz gewährt oder Kindergeld gezahlt, treten die Personen, die diese Leistungen erhalten, an die Stelle der Eltern.

(3) Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 5 Beitragszeitraum, Höhe der Elternbeiträge

(1) Die Beitragspflichtigen haben entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit monatlich öffentlich-rechtliche Beiträge zu den Jahresbetriebskosten der Einrichtung zu entrichten. Die Beiträge werden als volle Monatsbeiträge erhoben. Die Beitragspflicht wird durch Schließungszeiten (z. B. in den Ferien) der Offenen Ganztagschule / der Schule von acht bis eins / der Schule mit dem Angebot der zusätzlichen Betreuung sowie durch die tatsächlichen An- und Abwesenheitszeiten des Kindes nicht berührt.

(2) Die Höhe der Elternbeiträge (mit und ohne Ferienbetreuung) für die Betreuung der Schülerinnen und Schüler in der Offenen Ganztagschule / der Schule von acht bis eins bzw. der zusätzlichen Betreuung ergibt sich aus Anlage 1 dieser Satzung. Im Fall des § 4 Absatz 2 (Pflegeeltern) erfolgt die Einstufung in der zweiten Einkommensgruppe nach der Elternbeitragsstaffel.

(3) Die Elternbeiträge werden monatlich erhoben.

Die Beitragspflicht entsteht mit der Aufnahme des Kindes in das außerunterrichtliche Angebot der Offenen Ganztagschule / der Schule von acht bis eins / der zusätzlichen Betreuung. Sie gilt grundsätzlich für ein Schuljahr (1. August bis 31. Juli) und auch in den Zeiten der Schulferien.

(4) Wird ein Kind im laufenden Schuljahr aufgenommen oder verlässt es gem. § 3 Abs. 6 im laufenden Schuljahr die Offene Ganztagschule / die Schule von acht bis eins/ die zusätzliche Betreuung, ist der Beitrag anteilig zum Ende des maßgeblichen Quartals zu zahlen.

Wird ein Kind gemäß § 3 Abs. 7 von der Teilnahme in der jeweiligen Betreuungsform ausgeschlossen, so endet die Beitragspflicht erst nach Ablauf des vereinbarten Betreuungszeitraumes (31.07.).

(5) Die Kosten für die Mittagsverpflegung im Bereich der Offenen Ganztagschule sind nicht in den Elternbeiträgen enthalten.

Der Caterer kann von den Eltern zusätzlich ein Entgelt für die Mittagsverpflegung verlangen, wobei die Teilnahme an der Mittagsverpflegung freiwillig ist.

Im Bereich der Schule von acht bis eins bzw. der zusätzlichen Betreuung wird keine Mittagsverpflegung angeboten.

§ 6

Beitragsermäßigung

(1) Für das zweite teilnehmende Kind im Bereich der Offenen Ganztagschule / der Schule von acht bis eins / der zusätzlichen Betreuung vermindert sich der Elternbeitrag um die Hälfte. Das Dritte und jedes weitere teilnehmende Kind sind vom Beitrag befreit.

(2) Der Beitrag zur Ferienbetreuung reduziert sich bei Geschwisterkindern nicht.

(3) Auf Antrag können die Elternbeiträge vom örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe ganz oder teilweise erlassen oder ein Teilnahmebeitrag auf Antrag ganz oder teilweise übernommen werden, wenn die Belastung den Eltern und dem Kind/Jugendlichen nicht zuzumuten ist (§ 90 Abs. 3 SGB VIII).

§ 7

Beitragsfestsetzung, Fälligkeit

(1) Die Festsetzung des Elternbeitrages erfolgt durch Bescheid. Die Elternbeiträge werden jeweils zum 15. des Monats fällig.

(2) Bei einer vorläufigen Festsetzung des Elternbeitrages bzw. bei einer Festsetzung nach § 9 Abs. 3 erfolgt die endgültige Festsetzung rückwirkend nach Vorlage der erforderlichen Einkommensunterlagen. Wird bei einer Überprüfung festgestellt, dass sich Änderungen der Einkommensverhältnisse ergeben haben, die zur Zugrundelegung einer anderen Einkommensgruppe führen, so ist der Beitrag ggf. auch rückwirkend neu festzusetzen.

§ 8

Einkommensermittlung

(1) Einkommen im Sinne dieser Vorschrift ist die Summe der positiven Einkünfte der Eltern bzw. der Beitragspflichtigen im Sinne des § 2 Abs. 1 und 2 des Einkommensteuergesetzes und vergleichbare Einkünfte, die im Ausland erzielt wer-

den. Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig. Dem Einkommen im Sinne des Satzes 1 sind steuerfreie Einkünfte, Unterhaltsleistungen sowie die zur Deckung des Lebensunterhaltes bestimmten öffentlichen Leistungen für die Eltern und das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt wird, hinzuzurechnen. Das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz und entsprechenden Vorschriften ist nicht hinzuzurechnen. Bezieht ein Elternteil Einkünfte aus einem Beschäftigungs- bzw. Beamtenverhältnis oder auf Grund der Ausübung eines Mandats und steht ihm auf Grund dessen für den Fall des Ausscheidens eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung zu oder ist er in der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern, dann ist dem nach diesem Absatz ermittelten Einkommen ein Betrag von 10 v. H. der Einkünfte aus diesem Beschäftigungs- bzw. Beamtenverhältnis oder auf Grund der Ausübung des Mandats hinzuzurechnen. Für das dritte und jedes weitere Kind sind die nach § 32 Abs. 6 Einkommensteuergesetz zu gewährenden Freibeträge von dem nach diesem Absatz ermittelten Einkommen abzuziehen.

(2) Maßgebend ist das Kalenderjahreseinkommen in dem der Angabe vorangegangenen Kalenderjahr. Abweichend von Satz 1 ist das zu erwartende Jahreseinkommen des laufenden Kalenderjahres zugrunde zu legen, wenn es voraussichtlich höher oder niedriger ist als das Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres. In diesen Fällen ist nach Ablauf des laufenden Kalenderjahres das tatsächliche Einkommen für diesen Zeitraum nachzuweisen. Ändert sich der beitragspflichtige Personenkreis im laufenden Kalenderjahr, so ist der Elternbeitrag ab dem Ersten des Kalendermonats, in dem die Veränderung eingetreten ist, neu festzusetzen.

§ 9

Auskunfts- und Anzeigepflichten

(1) Für die Festsetzung der Elternbeiträge teilt der Träger der Offenen Ganztagschule / der Schule von acht bis eins / der zusätzlichen Betreuung dem Schulträger unverzüglich die Namen, Anschriften, Geburtsdaten, die Aufnahme- und Abmeldedaten der Kinder, die vertraglich vereinbarten Betreuungszeiten der Kinder sowie die entsprechenden Angaben der Eltern mit. Bei der Aufnahme und danach auf Verlangen haben die Eltern dem Schulträger schriftlich anzugeben, welche Einkommensgruppe gemäß den Anlagen ihren Elternbeiträgen zugrunde zu legen ist. Zum Nachweis des maßgeblichen Einkommens müssen die Beitragspflichtigen der Behörde sämtliche für die Beitragsermittlung relevanten und angeforderten Belege einreichen.

(2) Die Beitragspflichtigen sind während des gesamten Betreuungszeitraumes verpflichtet, Veränderungen in den wirtschaftlichen oder persönlichen Verhältnissen, die für die Bemessung des Elternbeitrages maßgeblich sind, unverzüglich mitzuteilen.

(3) Kommen die Beitragspflichtigen ihren Auskunfts- und Anzeigepflichten nicht oder nicht in ausreichendem Maße nach, so ist der höchste Elternbeitrag zu zahlen.

§ 10

Bußgeldvorschriften

Ordnungswidrig handelt, wer die in § 9 bezeichneten Angaben vorsätzlich oder fahrlässig unrichtig oder unvollständig macht. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 1.000 Euro geahndet werden.

§ 11 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am 01.08.2015 in Kraft.

Anlage 1 der Elternbeitragsatzung

Höhe der Elternbeiträge für die Inanspruchnahme des Betreuungsangebotes der Offenen Ganztagschule:

Jahres- Bruttoeinkommen	Monatsbeitrag	Monatsbeitrag inklusive Ferien- betreuung: 17 Tage der Sommerferien und komplette Herbstferien
<i>bis</i> 18.000,00 €	0,00 €	0,00 €
<i>bis</i> 25.000,00 €	25,00 €	35,00 €
<i>bis</i> 37.000,00 €	45,00 €	55,00 €
<i>bis</i> 49.000,00 €	65,00 €	75,00 €
<i>bis</i> 61.000,00 €	85,00 €	95,00 €
<i>bis</i> 73.000,00 €	110,00 €	120,00 €
<i>bis</i> 85.000,00 €	130,00 €	140,00 €
<i>Über</i> 85.000,00 €	150,00 €	160,00 €

Höhe der Elternbeiträge für die Inanspruchnahme des Betreuungsangebotes der „Schule von acht bis eins“ bzw. der „zusätzlichen Betreuung“

Jahres- Bruttoeinkommen	Monatsbeitrag	Monatsbeitrag inklusive Ferien- betreuung: 17 Tage der Sommerferien und komplette Herbstferien
<i>bis</i> 18.000,00 €	0,00 €	0,00 €
<i>bis</i> 25.000,00 €	15,00 €	25,00 €
<i>bis</i> 37.000,00 €	30,00 €	40,00 €
<i>bis</i> 49.000,00 €	45,00 €	55,00 €
<i>bis</i> 61.000,00 €	60,00 €	70,00 €
<i>bis</i> 73.000,00 €	80,00 €	90,00 €
<i>bis</i> 85.000,00 €	100,00 €	110,00 €
<i>Über</i> 85.000,00 €	120,00 €	130,00 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 21. 6. Änderung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Rheine - Straßenreinigungs- und Gebührensatzung
Vorlage: 253/14**

1:11:35

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine weist den Verwaltungsrat der Technischen Betriebe Rheine AöR gem. § 114 a Abs. 7 Satz 4 GO NRW an, in seiner Sitzung am 18.12.2014 die „Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Rheine –Straßenreinigungs- und –Gebührensatzung-“ in Form der der Vorlage beigefügten 6. Änderungssatzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 22. 5. Änderung zur Satzung über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren und Kostenerstattung für Grundstücksanschlüsse - Abwasser-, Beitrags- und Gebührensatzung
Vorlage: 480/14**

1:12:20

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine weist den Verwaltungsrat der Technischen Betriebe Rheine AöR gem. § 114 a Abs. 7 Satz 4 GO NRW an, in seiner Sitzung am 18.12.2014 die „Satzung über die Erhebung von Kanalanschluss-Beiträgen und Abwassergebühren –Abwasser-Beitrags- und –Gebührensatzung -“ in Form der der Vorlage beigefügten 5. Änderungssatzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 23. 3. Änderung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Rheine - Entwässerungssatzung
Vorlage: 514/14**

1:13:10

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine weist den Verwaltungsrat der Technischen Betriebe Rheine AöR gem. § 114 a Abs. 7 Satz 4 GO NRW an, in seiner Sitzung am 18.12.2014 die „Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den An-

schluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Rheine – Entwässerungssatzung- " in Form der der Vorlage beigefügten 3. Änderungssatzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**24. 5. Änderung der Gebührensatzung für die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung in der Stadt Rheine
- Abfallgebührensatzung
Vorlage: 513/14**

1:14:10

Herr Schulte-de Groot erklärt, dass die Kalkulation für die Abfallgebühren eine nicht unerhebliche Erhöhung vorsehe. Er begründet diese damit, dass noch in der Kalkulation des Vorjahres Überschüsse aus Vorjahren in Höhe von 574.000,00 € hätten berücksichtigt werden können. In der diesjährigen Kalkulation für 2015 belaufe sich der Zuschuss aus Vorjahren nur noch auf 65.000,00 €, sodass über 500.000,00 € durch die Gebühren zusätzlich abzudecken seien. Ferner seien in der Kalkulation des Vorjahres die Biomüllgebühren um die Senkung der Deponiegebühren des Kreises in Höhe von 170.000,00 € berücksichtigt worden. Allerdings sei erst nach Erstellung der Kalkulation bekannt geworden, dass der Kreis den Annahmeort für Biomüll von Rheine nach Saerbeck verlegt habe, sodass der Stadt zukünftig jährlich 150.000,00 € Transportkosten entstehen würden. Dadurch würde die Senkung der Deponiegebühren fast vollständig aufgebraucht. Dennoch würden die Abfallgebühren trotz der nicht unerheblichen Steigerung immer noch unter dem Niveau des Jahres 2008 bleiben und dieses bei einer Inflations- und Lohnkostensteigerung von 2 bis 3 % jährlich. Insofern bitte er um Zustimmung zu der vorgeschlagenen Gebührenerhöhung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine weist den Verwaltungsrat der Technischen Betriebe Rheine AöR gem. § 114 a Abs. 7 Satz 4 GO NRW an, in seiner Sitzung am 18.12.2014 die „Gebührensatzung für die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung in der Stadt Rheine – Abfallgebührensatzung“ in Form der der Vorlage beigefügten 5. Änderungssatzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**25. Stadtwerke Rheine GmbH
- Feststellung Wirtschaftsplan 2015ff
Vorlage: 515/14**

1:16:50

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt auf Empfehlung des Aufsichtsrates die Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Rheine GmbH, Frau Dr. Angelika Kordfelder, den vorgelegten Wirtschaftsplan 2015 ff. der

Stadtwerke Rheine GmbH gem. § 12. Abs. 1 Buchstabe b des Gesellschaftsvertrages festzustellen und die Prognose 2014 zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**26. EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH
- Aktualisierung Wirtschaftsplan 2015
Vorlage: 518/14**

1:17:45

Herr Dr. Janssen berichtet zur Vorlage und weist darauf hin, dass durch die beschlossenen Reduzierungen nicht alle Beschlüsse des Rates, die in der vergangenen Wahlperiode gefasst worden seien, 1 : 1 umgesetzt werden könnten. Darüber hinaus verweist er auf den Stellenplan, aus dem die Ausbildungsstelle gestrichen worden sei.

Frau Dr. Kordfelder spricht sich nicht gegen den Wirtschaftsplan wohl aber gegen die vorgenommenen Minimierungen aus. Sie gibt den Mitgliedern des Rates für die nächsten Jahre mit auf den Weg, das Regionalmanagement wohlwollend zu begleiten, denn es sei die einzige Chance letztendlich überhaupt noch Projektfördermittel zu bekommen.

Auch die Kürzung im Marketingbereich könne sie so nicht hinnehmen. Durch die Streichung bzw. Reduzierung dieser Mittel im Bereich der Wirtschaftsförderung und des städtischen Haushalts sowie bei dem Verkehrsverein werde es künftig nicht mehr möglich sein, die Profile der Stadt Rheine nach außen hin darzustellen.

Auch der Wegfall der Auszubildendenstelle bei der Wirtschaftsförderung sei ein weiterer Grund, dass sie dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt auf Empfehlung des Aufsichtsrates die Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH, Frau Dr. Angelika Kordfelder, den vorgelegten aktualisierten Wirtschaftsplan 2015 der EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH gem. § 7 (10) Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages festzustellen.

Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

**27. TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH
- Feststellung Wirtschaftsplan 2015
Vorlage: 281/14**

1:21:05

Herr Toczowski berichtet über die Vorberatung dieses Tagesordnungspunktes im Aufsichtsrat und verweist auf die Vorlage.

Anschließend stellt Herr Doerenkamp fest, dass die wirtschaftliche Situation der TaT GmbH katastrophal sei. Wie aus der Vorlage zu entnehmen sei, könne die TaT GmbH nur noch durch massive finanzielle Unterstützung der Stadt Rheine am Leben erhalten bleiben. Hieran werde sich auch in der Zukunft nichts ändern. Von einer Wirtschaftlichkeit im Sinne des § 109 GO könne somit keine Rede sein. Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 8. April 2014 seien dem Rat aber die Hände gebunden, sodass eine Zustimmung zum Wirtschaftsplan heute unumgänglich sei. Trotzdem sei es an der Zeit, sich mit der Zukunft dieser defizitären GmbH zu beschäftigen.

Trotz vorhandenen Ratsbeschlusses habe die Verwaltung bisher keinen Vorschlag für den weiteren Umgang mit der TaT GmbH erarbeitet. Insofern dränge sich die Frage der Untätigkeit auf, die den Rheinsensern viel Geld koste. Insofern sei es nur schwer zu vermitteln, warum auf der einen Seite massive Kürzungen vorgenommen und auf der anderen Seite beim TaT Geld mit vollen Händen herausgeworfen werde. Aus diesem Grunde verliert Herr Doerenkamp den als Anlage 2 dieser Niederschrift beigefügten Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Brunsch erklärt, dass die FDP-Fraktion sich bei der Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan der Stimme hätte enthalten wollen, weil sie im Aufsichtsrat nicht vertreten sei. Um über den eingebrachten Antrag der CDU-Fraktion entscheiden zu können, benötige seine Fraktion aber noch weitere Informationen, die ja auch durch den gestellten Antrag angefordert würden. Insofern könne er dem Antrag zustimmen.

Herr Roscher hält das Verfahren für sehr merkwürdig, wenn zur Verabschiedung eines Wirtschaftsplanes ein solcher Antrag vorgelegt werde. Auch wundere er sich über solch pauschale Aussagen, wonach für das TaT das Geld mit vollen Händen herausgeworfen werde. Nach seinem Kenntnisstand gebe es doch sehr viele etablierte Firmen in der Region, die seinerzeit im TaT ihre Gründungsphase erlebt hätten und mittlerweile Arbeitsplätze anbieten und Steuern zahlen würden. Im Übrigen habe die Stadt Rheine mehrere Gesellschaften, die keinen Profit bringen würden, wie z. B. das Kloster Bentlage und die EWG, die zum Wohle der Stadt Rheine auch am Leben gehalten würden. Auch diese Gesellschaften würden einen Mehrgewinn für die Stadt darstellen. Aus diesem Grunde sollte der Rat heute über den Wirtschaftsplan abstimmen und den Antrag der CDU-Fraktion als eingebracht ansehen.

Frau Dr. Kordfelder unterstützt diesen Vorschlag von Herrn Roscher und schlägt vor, dass die Geschäftsführung des TaT den Rat einmal einladen sollte, um über Wechselwirkungen der Service GmbH und der Projekte im Zusammenhang mit dem Klimaschutz und dem Gewerbesteueraufkommen der über 30 im TaT agierenden Firmen zu berichten. Nur so könne der Rat und insbesondere die neuen

Mitglieder des Rates Kenntnis darüber erlangen, welche Konsequenzen ein solcher Antrag für den Klimaschutz und die Energiewirtschaft haben würde.

Herr Ortel äußert, dass er dem Antrag der CDU-Fraktion von der Intention her durchaus zustimmen könnte, denn es solle etwas auf den Prüfstand gestellt werden, was schon lange erforderlich gewesen wäre. Er sehe den Antrag aber heute nur als eingebracht an, sodass hierüber in der heutigen Sitzung nicht zu entscheiden sei.

Auch Herr Brauer kritisiert die Art und Weise, wie dieser Antrag durch die neue Mehrheit im Rat der Stadt Rheine gestellt werde. So könne man nicht miteinander umgehen. Er werde jedenfalls dem Antrag in der heutigen Sitzung nicht zustimmen.

Herr Dr. Janssen geht davon aus, dass es sich bei dem Antrag der CDU-Fraktion um einen Prüfauftrag handle, über den nach Vorberatung im Aufsichtsrat im Rat der Stadt Rheine entschieden werde. Darüber hinaus stellt er fest, dass es zu dem Antrag einige Informationsdefizite gebe. Insofern stellt er klar, dass die TaT-Gesellschaft keine städtischen und auch keine eigenen Mitarbeiter vorhalte. Die Gesellschaft habe noch eine laufende Zweckbindung, was sich aber ab 2015 ändern werde. Insofern schlage er vor, sich über das konzeptionelle weitere Verfahren der Immobiliengesellschaft zu unterhalten oder sich wieder mit einer Zusammenführung von Immobilien und Service zu beschäftigen und darüber in der nächsten Ratssitzung zu entscheiden.

Herr Hachmann stellt klar, dass die CDU-Fraktion den Antrag in der heutigen Ratssitzung nur als eingebracht betrachtet wissen möchte.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt auf Empfehlung des Aufsichtsrates die Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH, Frau Dr. Angelika Kordfelder, den vorgelegten Wirtschaftsplan 2015 der TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH gem. § 7 des Gesellschaftsvertrages festzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen

28. Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2015, die Finanzplanung 2016 - 2019 und den Stellenplan der Kulturellen Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH Vorlage: 478/14

1:35:40

Herr Hachmann bittet darum, den Beschlussvorschlag dahin gehend zu ändern, dass unter Ziff. 1 nur eine Kenntnisnahme erfolge, denn eine „zustimmende“ Kenntnisnahme gebe es nicht.

Des Weiteren wäre es wünschenswert, wenn künftig in der Vorlage auf bestehende vertragliche Festlegungen hingewiesen würde, damit auch die neuen Ratsmitglieder wüssten, welche Dinge aufgrund dieser vertraglichen Bindungen nicht geändert werden könnten, wie z. B. die Verträge mit der gGmbH.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Vertreterin der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der Kulturellen Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH, Frau Dr. Angelika Kordfelder, den vorgestellten Wirtschaftsplan 2015 zu beschließen und den Finanzplan 2016 – 2019 zur Kenntnis zu nehmen.
2. Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Vertreterin der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der Kulturellen Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH, Frau Dr. Angelika Kordfelder, den Stellenplan 2015 ff der Kulturellen Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**29. Feststellung des Jahresabschlusses 2013 und Entlastung der Bürgermeisterin
Vorlage: 439/14**

1:37:50

Frau Dr. Kordfelder erklärt sich zu Ziffer 3 des Beschlussvorschlages für befähigt.
Herr Bonk übernimmt zur Abstimmung hierüber die Leitung der Ratssitzung.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Rheine nimmt das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses 2013 zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Rheine beschließt gem. § 96 Abs. 1 GO die Feststellung des Jahresabschlusses 2013 in der Fassung vom 15.09.2014 sowie die Verrechnung des dort ausgewiesenen Jahresfehlbetrages in Höhe von 1.912.105,74 € mit der Allgemeinen Rücklage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Die Ratsmitglieder der Stadt Rheine beschließen, der Bürgermeisterin die Entlastung für den Jahresabschluss 2013 gem. § 96 Abs. 1 GO zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**30. Beteiligung an den Bürgerwindparks in Rheine
Vorlage: 519/14**

1:40:00

Herr Kuhlmann weist darauf hin, dass am 17. Dezember 2014 um 18:00 Uhr im Ratssaal eine Veranstaltung stattfinden werden, in dem nicht nur der Flächennut-

zungsplan in die Beteiligungsphase gegeben werde, sondern auch das Hauenhorster und Altenrheiner Konzept ebenso wie die Bürgerwindparkleitlinie vorgestellt würden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Verwaltung, weitere Verhandlungen mit der Arbeitsgemeinschaft der Rheinenser Bürgerwindinitiativen mit dem Ziel einer Beteiligung der Stadt Rheine an den Bürgerwindparks zu erreichen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**31. Stiftung NaturZoo Rheine - Förderung der Stiftungsarbeit
Vorlage: 503/14**

1:43:40

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses:

- a) die Verwaltung zu beauftragen, die in der der Vorlage als Anlage beigefügte bisherige Vereinbarung mit der Stiftung NaturZoo Rheine fortzuführen und
- b) den Förderbetrag je Einwohner/in gemäß § 2 der Vereinbarung für die Zeit vom 01. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2019 auf 7,85 Euro festzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**32. Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln für die Rückzahlung von Fördergeldern für das Sonderprojekt "Kaserne Gellendorf"
Vorlage: 516/14**

1:44:40

Herr Kuhlmann bestätigt, dass es sich bei den Deckungsvorschlägen um Minderausgaben handele.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von 213.000 € für die Rückzahlung von Fördergeldern für das Sonderprojekt „Kaserne Gellendorf“.

Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei den nachfolgenden Projekten:

1.	53014-417	Ausbau Herefortstraße	20.000 €
2.	53014-500	Ausbau Elter Straße	100.000 €
3.	53014-3515	Dutumer Straße	60.000 €
4.	53014-855	Optimierung LSA	33.000 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**33. Sammlung von Elektroaltgeräten
– Öffentlich-rechtliche Vereinbarung
Vorlage: 438/14**

1:45:25

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine stimmt der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß § 5 Abs. 7 LAbfG i.V. m. § 23 Abs. 1 Alt. 1, Abs. 2 Satz 1 GkG NRW über die Übernahme der Aufgaben Sammeln und Befördern von Elektro- und Elektronikgeräten durch den Kreis Steinfurt zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**34. Neuorganisation der Betreuungsbehörde
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Steinfurt
Vorlage: 413/14**

1:45:50

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine stimmt dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übertragung der Aufgaben im Betreuungsrecht von der Stadt Rheine auf den Kreis Steinfurt in der Form der Anlage zur Vorlage zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**35. Johannesschule Mesum - Fortführung des Schulnamens
Vorlage: 424/14/1**

1:47:50

Beschluss:

Die Johannesschule Mesum wird in „Johannesschule Mesum / Elte, Katholische Bekenntnis-Grundschule der Stadt Rheine“ umbenannt.
Die Umbenennung erfolgt mit Beginn des 2. Schulhalbjahres 2014/2015 (1. Februar 2015).

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Stimmenthaltung

**36. Namensgebung Sekundarschule Rheine Stadt
Vorlage: 504/14**

1:49:20

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst auf Empfehlung des Schulausschusses folgenden Beschluss:

Die Sekundarschule Rheine Stadt führt ab dem 01. August 2015 den Namen „Nelson-Mandela-Schule, Sekundarschule der Stadt Rheine“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**37. Obergrenze der Betreuungsplätze im Bereich der Offenen Ganztagschulen an den Rheiner Grundschulen
Vorlage: 178/14**

1:49:50

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Schulausschusses die Überschreitung der vom Rat in seiner Sitzung vom 29.03.2012 festgelegten Obergrenze im Rahmen des Dreijahresplanes von derzeit 780 Betreuungsplätzen im Offenen Ganztagsbereich auf 789 Betreuungsplätzen für das Schuljahr 2014/15.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**38. Festlegung der kommunalen Klassenrichtzahl und Verteilung der Eingangsklassen auf die einzelnen Grundschulen für das Schuljahr 2015/16
Vorlage: 416/14/1**

1:50:35

Herr Linke erklärt, dass es gegenüber der Schulausschusssitzung am 9. Dezember 2014 keine neuen Erkenntnisse gebe. Das Ablehnungsverfahren an der Canisiusschule sei nach Auffassung der Schulaufsicht rechtswidrig gewesen, weil die Ausführungsanordnung des letzten Jahres angewandt worden sei, wonach nach Bekenntnis hätte abgelehnt werden können. Nach der aktuellen Rechtsprechung sei dieses aber nicht zulässig gewesen. Insofern werde einigen Bescheiden jetzt wohl abgeholfen und das Verfahren in Teilen neu durchgeführt. Laut Mitteilung der Schulleiterin der Canisiusschule habe ein Rechtsanwalt auch schon Akteneinsicht beantragt. Bevor die Schulaufsicht dem neuen Verfahren nicht zugestimmt habe, werde die Schulleiterin damit nicht an die Öffentlichkeit gehen. Das habe zur Folge, dass auch zur Schulausschusssitzung am 13. Januar 2015 keine neuen

Erkenntnisse vorliegen würden. Insofern könne der Rat in seiner heutigen Sitzung nur dem vorliegenden Beschlussvorschlag folgen.

Herr Roscher stellt fest, dass die Anmeldezahlen an den Grundschulen deutlich machten, dass dringend ein Schulentwicklungsplan für Grundschulen und evtl. auch für weiterführende Schulen erforderlich sei. Wenn Klassenstärken so stark auseinanderklaffen würden, dann seien die Bildungschancen unterschiedlich verteilt. In einer einzigen Klasse der Ludgerusschule, die an die Obergrenze liege, und bei anderen Eingangsklassen, die deutlich unter 20 Schüler liegen würden, müsse seitens des Rates steuernd eingegriffen werden. Diesen Arbeitsauftrag sollte die Verwaltung schon einmal mitnehmen. Da es in der heutigen Sitzung keine andere Möglichkeit gebe, werde die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag erst einmal in der vorliegenden Form zustimmen.

Herr Stefan Gude erläutert, dass die Rahmenbedingungen nach dem Schulrechtsänderungsgesetz die Stadt in bestimmten Bereichen einengen würden. Der Schulentwicklungsplan, der sicherlich in manchen Fällen hilfreich sein könne, sei aber nicht das Instrument, das in Einzelfällen weiterhelfen werde, denn in jedem Jahr gebe es neue Herausforderungen, bei denen nachjustiert werden müsse. In dem Zusammenhang müsste man sich auch Gedanken machen, ob der Schulentwicklungsplan in Eigenregie oder unter Einbindung von externen Beratern erstellt werde, denn an bestimmten Stellen werde deutlich, dass einzelne Anmeldungen an der einen oder anderen Schule das Verfahren in eine andere Richtung lenken könnten. Insofern appelliere er dafür, in der heutigen Ratssitzung eine Entscheidung zu treffen, die zur Sicherheit führe, was aber nicht heiße, dass diese Entscheidung bei allen Betroffenen Zufriedenheit auslösen werde. Sicherheit bedeute aber gleichzeitig auch Überlegungen zu weiteren Optimierungen. Insofern plädiere er für die Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag.

Herr Ortel signalisiert die Zustimmung der Fraktion AFR, obwohl die Entscheidung pädagogisch höchst unbefriedigend bleibe. Die Rahmenbedingungen, die das Schulrechtsänderungsgesetz vorgebe, würden den Handlungsspielraum erheblich minimieren. Das Erfordernis, die Spitzen Jahr zu Jahr abzufangen und nach einer Lösung zu suchen, die nicht alle zufriedenstellen werde, aber im Großen und Ganzen gerecht sei, werde eine Aufgabe für die nächsten Jahre bleiben. Ob dazu der Schulentwicklungsplan herkömmlicher Art das geeignete Instrument sei, darüber sollten sich die Fraktionen noch einmal in Ruhe Gedanken machen, denn vielleicht gebe es ja doch noch etwas Besseres.

Auch Herr Brunsch stellt die Zustimmung der FDP-Fraktion zum vorliegenden Beschlussvorschlag in Aussicht. Er sei jedoch darüber überrascht, dass dem Schulentwicklungsplan wieder so viel Bedeutung beigemessen werde, denn vor gar nicht langer Zeit sei der Vorschlag der Verwaltung, den Schulentwicklungsplan vorzuschreiben bzw. im Grundschulbereich zu überarbeiten, mit Ausnahme von einer Fraktion abgelehnt worden.

Herr Reiske merkt an, dass er über die Anmeldezahlen sehr erschrocken gewesen sei, denn gerade in den Schulen, wo gemeinsamer Unterricht stattfindet, seien sie erheblich zurückgegangen. Seine Fraktion habe daraus die Schlussfolgerung gezogen, dass ganz dringend an weiteren Grundschulen in der Fläche gemeinsames Lernen angeboten werden müsse, um diese Ausschläge bei den Anmeldzahlen zu verhindern.

Herr Stefan Gude stellt klar, dass die CDU-Fraktion seinerzeit der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes nicht zugestimmt habe, weil dieses nicht weitergeholfen hätte. Es wäre sinnvoll, gemeinsam nach einer Lösung zu suchen, ob für die Stadt Rheine ein 5-Jahres-Plan oder ein laufender Schulentwicklungsplan wertvoller sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst folgenden Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Rheine beschließt die Berechnung der kommunalen Klassenrichtzahl und legt diese auf Grundlage der Anmeldungen sowie der Erfahrungen aus den Vorjahren für das Schuljahr 2015/16 auf 30 Eingangsklassen fest.
2. Der Rat der Stadt Rheine beschließt die Verteilung der Eingangsklassen auf die einzelnen Grundschulen entsprechend der kommunalen Klassenrichtzahl für das Schuljahr 2015/16 wie folgt:

Schule	Verteilung der Eingangsklassen
Annetteschule	2
Bodelschwingschule	2
Canisiusschule	3
- Hauptstandort Altenrheine	
- Teilstandort Rodde	
Edith-Stein-Schule	2
Franziskusschule Mesum	2
Gertrudenschule	2
Johannesschule Eschendorf	3
Johannesschule Mesum	3
- Hauptstandort Mesum	
- Teilstandort Elte	
Kardinal-von-Galen Schule	2
Ludgerusschule Schotthock	1
Marienschule Hauenhorst	2
Michaelschule	2
Paul-Gerhardt-Schule	2
Südeschschule	2
Gesamt	30

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**39. Rahmenplan Innenstadt
Vorlage: 474/14/1**

2:02:15

Herr Kuhlmann merkt an, dass der Rahmenplan in den nächsten 8 Jahren sicherlich der große Masterplan sein könne, wenn er dann so umgesetzt werde. Der Rat gebe mit diesem Plan nicht alle Gestaltungsmöglichkeiten aus der Hand,

denn bei den verschiedenen Projekten gebe es sicherlich die eine oder andere Auswahlmöglichkeit. Dadurch werde auch die Förderung nicht gefährdet. Für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen seien dann zu gegebener Zeit auch noch die Beschlüsse der jeweils betroffenen Fachausschüsse erforderlich. Die Politik dürfe sich somit in diesem Rahmenplan bewegen, ihn aber nicht verlassen.

Selbstverständlich beinhalte ein solcher Rahmenplan auch ein finanzielles Risiko, denn die Stadt werde für jede Maßnahme einen Eigenanteil erbringen müssen. Dieser belaufe sich nach erfolgter Hochrechnung auf ca. 500.000,00 €/Jahr. Aufgrund der Möglichkeiten, die dieser Rahmenplan aber biete, könne er dem Rat nur empfehlen, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Abschließend weist Herr Kuhlmann darauf hin, dass auch der unter dem nächsten Tagesordnungspunkt zu beratende Tagesordnungspunkt „Busbahnhof“ Teil dieses Rahmenplanes sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst auf Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses folgende Beschlüsse:

1. Der Rat der Stadt Rheine (Rat) beschließt die Umsetzung des Rahmenplans Innenstadt (Entwicklungskonzept nach § 171 b (2) Baugesetzbuch, siehe Anlage 1 der Vorlage-Nr. 004/14 <http://www.rheine-buergerinfo.de/getfile.php?id=72142&type=do>). Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Münster den Förderantrag für den Rahmenplan Innenstadt mit den ersten Teilprojekten / Maßnahmen für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 entsprechend den anliegenden Entwürfen der Projektblätter (**Anlage 1 der Vorlage 474/14**) zu stellen. Die Förderanträge der weiteren Teilprojekte / Maßnahmen werden in den Folgejahren in Abstimmung mit der Bezirksregierung Münster nach Gesamtprojektfortschritt gestellt.
2. Der Rat der Stadt beschließt die Projektliste inkl. Kosten- und Finanzierungsübersicht (**Anlage 2 der Vorlage 474/14**), wobei sich im Rahmen der Fortentwicklung der Teilmaßnahmen ohne Erhöhung des Gesamtbudgets finanzielle Verschiebungen zwischen den Maßnahmen ergeben können.
3. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die für die Jahre 2015 - 2018 erforderlichen Haushaltsmittel, die im Haushaltsplanentwurf 2015 berücksichtigt wurden, in den endgültigen Haushaltsplan 2015 zu übernehmen.
4. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die Folgekosten zu ermitteln und – unter dem Vorbehalt möglicher Änderungen im Rahmen der Fortentwicklung der Maßnahmen - diese in den jeweiligen Fertigstellungsjahren zu veranschlagen.
5. Der Rat der Stadt Rheine beschließt die räumliche Abgrenzung zum Förderantrag Rahmenplan Innenstadt zur zielgerichteten Entwicklung nach § 171 b (1) Baugesetzbuch (**Anlage 1 der Ergänzungsvorlage 474/14/1**).
6. Der Rat der Stadt Rheine beschließt, dass grundsätzlich der Bauausschuss für die Umsetzung bzw. die Fortschreibung der einzelnen Teilprojekte zu-

ständig ist; sofern Belange anderer Fachausschüsse betroffen sind in Abstimmung mit diesen.

7. Der Rat der Stadt Rheine beschließt, zur Projektbegleitung ein Arbeitsgremium zu bilden. Dieses Arbeitsgremium besteht aus 9 Mitgliedern des Rates der Stadt Rheine sowie Vertretern der Verwaltung.

Vom Rat der Stadt Rheine werden namentlich benannt:

Mitglieder:

Vertreter(innen):

Dr. Manfred Konietzko (CDU)	Martin Beckmann (CDU)
Dennis Kahle (CDU)	Werner Wenker (CDU)
Helena Willers (CDU)	Markus Doerenkamp (CDU)
Karl-Heinz Brauer (SPD)	Detlef Weßling (SPD)
Gerhard Cosse (SPD)	Antonius Berardis (SPD)
Johannes Willems (FDP)	Stephan Huesmann (FDP)
Kurt Radau (Grüne)	Robert Grawe (Grüne)
Joachim Siegler (AfR)	Rainer Ortel (AfR)
Heinz-Jürgen Jansen (Linke)	Herbert Röder (Linke)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 40. Umgestaltung ZOB Rheine
Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung zur Vergabe weiterer Planungsaufträge
Vorlage: 468/14**

2:09:10

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Bauausschusses, beim Projekt Nr. 5941-002 eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 125.000 € bereitzustellen.

Deckungsvorschlag:

Projekt Nr. 53014-829 Hochwasserschutzanlage am Timmermanufer – 125.000 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 41. Widmung von Straßen
Vorlage: 388/14**

2:10:40

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst auf Empfehlung des Bauausschusses folgenden Beschluss:

Folgende Straßen werden gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23. 09.1995 (StrWG NW - GV NW S. 1028, Ber. in GV NW 2003 S. 766) für den öffentlichen Verkehr gewidmet:

1. Felsenstraße von Neuenkirchener Straße (Kreisverkehr) bis Nadigstraße
2. Kollwitzstraße von Nienbergstraße bis Neuenkirchen Straße
3. Sachsstraße von Sutrumer Straße bis Kollwitzstraße
4. Schwedenstraße (2. Stichweg) von Offlumer Straße bis Ende der Straße und 3 Fuß- und Radwege
5. Josef-Schepers-Straße mit Stichweg
6. Nethestraße von Salzweg bis Wendehammer (einschließlich Stichweg)
7. An der Trave von Brechtestraße bis Ochtruper Straße
8. Allerstraße von Nethestraße bis Brechtestraße
9. Lutterweg von Nethestraße bis Wendehammer

Die Straßen erhalten die Eigenschaft von Gemeindestraßen nach § 3 Abs. 1.3 des Straßen- und Wegegesetzes. Träger der Straßenbaulast ist gemäß § 47 des Straßen- und Wegegesetzes die Stadt Rheine. Die Übersichtspläne sind Bestandteil dieser Widmungsverfügung. Die als Fuß- und Radweg dargestellten Flächen werden nur für den öffentlichen Fußgänger- und Radfahrerverkehr gewidmet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

42. **30. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rheine,
Kennwort: "Catenhorner Straße - Ost"**
II. **Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des
Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**
III. **Feststellungsbeschluss nebst Beschluss der Begründung
Vorlage: 370/14**

Der Punkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

43. **Bebauungsplan Nr. 229, Kennwort: "Catenhorner Straße Ost",
der Stadt Rheine**
II. **Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des
Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**
III. **Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB nebst Beschluss der
Begründung**
Vorlage: 369/14

Der Punkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

- 44. Bebauungsplan Nr. 331, Kennwort: "Museumspark Feldbahnen", der Stadt Rheine**
- II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**
 - III. Änderung gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB**
 - IV. Satzungsbeschluss nebst Begründung**
- Vorlage: 475/14/1**

2:11:10

Beschluss:

I. Anlagen zur Vorlage

Der Rat der Stadt Rheine nimmt zur Kenntnis, dass die Anlagen zur Vorlage 475/14 unzutreffend mit dem Aufdruck „ENTWURF“ versehen sind. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich nicht um einen Entwurf, sondern um die Beschlussfassung handelt.

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 187/14) und § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 187/14) und § 4 Abs. 2 BauGB zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Änderungsbeschluss gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB

Nach Durchführung der Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentlichkeit) und § 4 Abs. 2 BauGB (Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange) ist im Planentwurf folgende textliche Festsetzung aufgenommen worden:

„Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen des Waldes ist das südöstlich an den Wald angrenzende geplante Gebäude lediglich mit Streifenfundamenten zu errichten. Flächenhafte Fundamente, eine Bodenplatte, sowie sonstige Versiegelungen innerhalb und außerhalb des Gebäudes sind nicht zulässig.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

IV. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 2 Abs. 1 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2013 (GV. NRW. S. 878) wird der Bebauungsplan Nr. 331 , Kennwort: " Museumspark Feldbahnen", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

45. **31. Änderung des Bebauungsplanes Nr.124, Kennwort: "Stadtberg - Fürstenstraße", der Stadt Rheine**
II. **Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**
III. **Satzungsbeschluss nebst Begründung**
Vorlage: 479/14

2:13:05

Beschluss:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB sowie zu den Beteiligungen gem. § 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB (erneute Offenlage) billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 1 Abs. 8 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Juli 2014 (BGBl. I S. 954) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2013 (GV. NRW S. 878) wird die 31. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 124, Kennwort: "Stadtberg - Fürstenstraße", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

46. Einwohnerfragestunde

46.1. Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer

2:14:05

Herr Nicolaus Fays bezieht sich auf die unter dem TOP 17 beschlossene Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer, obwohl die Kreisumlage um ca. 500.000,00 € niedriger ausgefallen sei als ursprünglich angenommen. Er habe kein Verständnis für diese Erhöhung, wenn auf der anderen Seite z. B. im Bereich der Kultur keine Einschnitte vorgenommen würden mit dem Hinweis auf die Attraktivitätssteigerung für die Stadt Rheine. Er gibt zu bedenken, dass auch die Grund- und Gewerbesteuer Einfluss auf die Attraktivität einer Stadt habe.

Frau Dr. Kordfelder verweist hierzu auf die unter dem TOP 17 geführten Diskussionen. Vielleicht würden die Ratsfraktionen vor Verabschiedung des Haushaltsplanes nochmals auf den Hinweise von Herrn Fays eingehen.

47. Anfragen und Anregungen

47.1. Veränderungen an Gremienvorlagen

2:17:25

Herr Ortel bezieht sich auf die Ergänzungsvorlagen aus dem Planungsbereich. Diese seien erforderlich gewesen, weil einmal in Session freigegebene Vorlagen nicht mehr geändert werden könnten. Er möchte wissen, ob dieses mit Mandatos zusammenhänge oder schon immer der Fall gewesen sei.

Herr Hermeling antwortet, wenn eine Vorlage im Ratsinformationssystem freigegeben sei, dann sei sie für die Gremienmitglieder zugänglich. Aus Gründen des Vertrauensschutzes der Gremienmitglieder sollten somit einmal freigegebene Vorlagen im Nachhinein nicht wieder geändert werden. Änderungen oder Ergänzungen seien dann nur mit einer Ergänzungsvorlage möglich. Diese Einstellung sei auch schon vor der Anwendung von Mandatos grundsätzlich im Ratsinformationssystem vorgegeben gewesen.

Frau Leskow weist ergänzend darauf hin, dass nach der Aktualisierung ihres Rechners durch die Verwaltung der Beginn aller Sitzungen auf 18:00 Uhr festgelegt worden sei. Sie möchte wissen, ob es sich hierbei um eine generelle Regelung handle, denn im herkömmlichen Sitzungskalender sei der Sitzungsbeginn noch mit 17:00 Uhr angegeben.

Herr Hermeling antwortet, dass ein Sitzungsbeginn um 18:00 Uhr zz. politisch diskutiert werde. Da eine Entscheidung hierüber noch nicht getroffen sei, wunde er sich über den Hinweis von Frau Leskow. Er sagt einer Prüfung des Hinweises von Frau Leskow durch die Verwaltung zu.

47.2. Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für Asylanten und Flüchtlinge

2:19:30

Herr Reiske erinnert daran, dass er bereits in der letzten Ratssitzung des vergangenen Jahres den Hinweis gegeben habe, dass dringend Wohnraum für Asylanten und Flüchtlinge bereitgestellt werden müsse. Das Thema habe an Intensität und Notwendigkeit nochmals zugenommen. Auf einer gestrigen entsprechenden Veranstaltung habe er erfahren, dass die katholische Kirche Mittel bereitstelle, um Wohnraum in den einzelnen Kirchengemeinden instand setzen zu können, damit dort Flüchtlinge untergebracht werden könnten.

Insofern möchte er nochmals den Hinweis an die Verwaltung geben, das Thema Wohnraumbeschaffung für Flüchtlinge und Asylanten ggf. gemeinsam mit der Wohnungsgesellschaft anzugehen, denn Planung und Umsetzung benötige Zeit.

Herr Linke bestätigt diese Notwendigkeit, denn die Situation auf dem Wohnungsmarkt sei sehr ernst zu nehmen. Es sei davon auszugehen, dass der Flüchtlingsstrom in nächster Zeit nicht abreißen werde. Die Verwaltung habe schon kurz davorgestanden, Flüchtlinge in einer Sporthalle unterbringen zu müssen. Dass es nicht dazu gekommen sei, sei dem Regierungspräsidenten zu verdanken, denn dieser habe einmalig der Stadt Rheine weniger Flüchtlinge zugewiesen als die Quote es vorgesehen habe.

Zwischenzeitlich habe die Verwaltung eine Übergangslösung im Kloster Bentlage und im TaT gefunden, wo einige Familien untergebracht werden könnten. Er gehe davon aus, dass sich die Situation Anfang des Jahres etwas entspannen werde, weil die Stadt dann einige Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt anmieten könne. Auch werde die Wohnung an der Hemelter Straße zz. wieder renoviert, sodass auch sie demnächst wieder für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung stehe. Die Verwaltung nehme die Unterbringungssituation für Flüchtlinge sehr ernst und werde auch dementsprechend in den politischen Gremien darüber berichten.

Ende des öffentlichen Teils: 18:30 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Theo Elfert
Schriftführer